

# LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
172 · Ausgabe BL·BS · Oktober 2017



# Atomkraftwerke – lange tickende Zeitbomben

Vor ein paar Jahren gab es im allseits bekannten Gammell-AKW Fessenheim einmal mehr, einen «kleinen» Zwischenfall. Zwei Jahre später wurde publik, dass der Reaktor für einige Minuten völlig ausser Kontrolle stand und die Mitarbeitenden keinen Zugriff mehr auf dessen Steuerung hatten. Dabei handelte es sich um den schwersten Zwischenfall in Westeuropa.

Nicht, dass wir nicht schon genug Argumente gegen die Kernenergie hätten, aber dieses Ereignis führt uns vor Augen, wie risikobehaftet diese Technik ist. Egal, wie gewandt die Gefahr kleingeredet wird, es kann und wird immer etwas passieren, weshalb wir uns andauernd am Rande einer Katastrophe befinden – das darf einfach nicht sein! Die Region Basel darf nicht zum Tschernobyl des einundzwanzigsten Jahrhunderts werden.

Beleuchten wir beispielhaft kurz einen Teilaspekt der Gefährdung durch Kernkraftwerke – das Element Plutonium. Es kommt in der Natur nur in verschwindend geringen Mengen vor. Verschiedene Nuklide



Anna Toebak, JUSO BL



Philipp Schuler, JUSO BS

(sie unterscheiden sich in der Anzahl der Neutronen, was unter anderem zu unterschiedlichen Halbwertszeiten und Zerfallsprodukten führt) des Elements entstehen in Nuklearreaktoren beim Zerfall von Uran in grösseren Mengen. Zerfällt dieses Element, entsteht Alphastrahlung – welche ausserhalb des Körpers nicht einmal besonders schädlich wirkt. Nimmt man Plutonium jedoch über die Atmung auf oder verschluckt es, ist es umso tödlicher. Die Inhalation von lediglich 40 Nanogramm (0,00000004 Gramm!) Plutonium 239 genügen, um den gerade noch vertretbaren Jahresgrenzwert an radioaktivem Material zu erreichen. Nicht per Zufall wurde Alexander Litwinenko 2006 mit Plutonium 210 vergiftet – lediglich 0,1 Mikrogramm davon reichen aus, einen Erwachsenen mit Sicherheit zu töten. Es ist klar: Eine Technologie, die in Unmengen ein solches Element erzeugt, ist nicht tragbar.

Sich im kleinräumigen Europa nur mit Fessenheim zu befassen, macht wenig Sinn. Auch in der Schweiz stehen solche verlotterte

Dreckschleudern. Mit jedem weiteren Tag, an dem Kernkraftwerke betrieben werden, wird mehr radioaktiver Abfall produziert, für dessen endgültige Entsorgung niemand auf diesem Planeten eine Lösung hat. Es wird immer mehr Atommüll produziert, der noch Generationen nach uns bedrohen wird – eine extrem lange tickende Zeitbombe. Die Atomkraftwerke stellen wir nicht für unsere oder die nächste Generation ab, sondern für alle folgenden Generationen. Generationen, die sich an uns als die erinnern werden, welche den Planeten mit radioaktivem Abfall überhäuft und das weltweite Klimasystem verpfuscht haben.

Obwohl wir uns hier nur mit einem Teilaspekt der Kernspaltung befassen, wird klar, dass diese «Technologie» untragbar ist, wir können und dürfen ihre Nebenwirkungen den uns nachfolgenden Generationen nicht zumuten. Der Kampf gegen Atomkraftwerke geht weiter, er muss auf allen Ebenen ausgefochten werden, denn er betrifft uns alle.

## SP-VORSTOSSPAKET IM LANDRAT

# Bildungsqualität statt Abbau

Der Kanton Baselland betreibt seit dem Amtsantritt von Monica Gschwind eine reaktionäre Bildungspolitik, die von Marschhalt, Stillstand und Abbau geprägt ist. Die SP-Landratsfraktion trägt diese fortschrittsfeindliche Politik nicht mit und hat deshalb im September ein Paket geschnürt, das auf verschiedenen Ebenen Ansätze für eine zukunftsweisende Bildungspolitik aufzeigt.

Einerseits sollen für alle dieselben Rahmenbedingungen gelten. Darauf zielen die Vorstösse für einheitliche Stellvertretungslösungen, für die Organisation der Logopädie oder zur Digitalisierung und der dazugehörigen Infrastruktur ab. Ebenfalls auf diese inhaltliche Ebene gehören die Forderungen nach einer Empfehlung oder Vorgabe für die Anzahl Bewertungen auf der Sekundarstufe I und nach einer Überprüfung der Einführung der Basisschrift auf der Primarstufe.

Wir streben ausserdem eine Stärkung der Berufsbildung an. Jede Schulabgängerin und jeder Schulabgänger soll entsprechend ihrer



Roman Brunner,  
Landrat

bzw. seiner Leistungsstärke ein Anschlussangebot finden. Dazu ist auch eine sorgfältige Beratung und Begleitung vonnöten.

Ein zweiter grosser Bereich betrifft die Aus- und Weiterbildung sowie die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen. Mit einer dynamischen Unterrichtsverpflichtung und einem modernen Berufsauftrag soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Lehrpersonen nicht in allen Phasen einer Lehrerkarriere gleich belastbar sind. Die Forderung nach einer umfassenden, praxisorientierten Ausbildung für Primarlehrpersonen soll eine Diskussion über die künftige

Positionierung der Ausbildung an der FHNW anstossen. Gleichzeitig werden auch die Weiterbildungen für Lehrpersonen (FEBL-Kurse) bedarfsgerecht ausgestaltet.

Die Finanzierung der Universität Basel muss künftig nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kantone ausgestaltet werden. Als Berechnungsgrundlage dafür bietet sich das Ressourcenpotenzial der Kantone an. Das Ressourcenpotenzial wird auch als Grundlage für den nationalen Finanzausgleich verwendet und bemisst sich aus den massgebenden Einkommen, Vermögen und Gewinnen der Kantone. Es ist somit eine neutrale, faire, transparente und bereits verwendete Grösse, wenn es um die Berechnung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Kantons geht.

Es liegt nun an der rechtsbürgerlichen Mehrheit im Parlament, diese Vorstösse zu unterstützen und zu überweisen. Die SP-Fraktion steht für eine Bildungspolitik mit Zukunft ein und hat mögliche Wege der Gestaltung aufgezeigt.

## NEIN zum ÖV-Abbau im Homburgertal



Jürg Degen ist Präsident des Komitees für das «Läufelfingerli» und war bis 2016 SP-Landrat

Im Rahmen ihrer Spar- und Abbaupolitik schreckte die bürgerliche Mehrheit in Regierung und Landrat auch vor drastischen Massnahmen beim ÖV in den Randregionen nicht zurück. Deshalb müssen nun am 26. November die Stimmberechtigten NEIN sagen zur Stilllegung der Bahnlinie S9/Läufelfingerli. Die Abbauvorlage will, dass anstelle einer umweltgerechten, wintersicheren und kundenfreundlichen Bahnverbindung eine Buslinie über den Hauenstein das Homburgertal mit der Wirtschaftsregi-

on Mittelland verbindet. Anders als ein Bus bietet die Bahn hindernisfreien Einstieg für Rollstuhl, Velo und Kinderwagen. Alle Haltestellen sind erst vor wenigen Jahren behindertengerecht ausgebaut worden.

Die angeblichen Einsparungen von 840 000 Franken durch die Stilllegung der S9 bringen einen weit höheren volkswirtschaftlichen Verlust. Anstelle kurzfristiger Abbaupolitik braucht es im Kanton eine ÖV-Strategie mit einem langfristigen Horizont. Mit dem Wendegleis in Liestal, dem ¼-Stunden-Takt zwischen Basel und Liestal und der geplanten Gleiserweiterung in Olten wird in einigen Jahren eine vollständig neue Situation entstehen. Zudem müssen die SBB die Linie über Läufelfingen als Ausweichstrecke unterhalten. Es darf nicht sein, dass die Bevölkerung den Lärm durch Güterzüge ertragen muss, ohne einen entsprechenden Nutzen zu haben. Nur ein sinnvolles Nebeneinander von Bahn und Bus deckt die Bedürfnisse der Bevölkerung



ab. Die Verlagerung des Verkehrs von der Schiene auf die Strasse ist ein Schildbürgerstreich. Diesen Unsinn müssen wir stoppen.

### AGENDA SP BL

- Samstag, 28. Oktober 2017, 9 – 13 Uhr  
Parteitag Sozialpolitik, Regierungsgebäude, Liestal
- Sonntag, 26. November, kantonale Abstimmungen:  
NEIN zur Stilllegung der S9 («Läufelfingerli»)  
JA zum Kantonalbankgesetz  
Reinach: Christine Dollinger in den Gemeinderat!
- Samstag, 18. November, 10 – 15.30 Uhr  
Seminartag Ökologie der JUSO BL  
Regierungsgebäude, Liestal
- Sonntag, 7. Januar 2018, 10 Uhr  
Dreikönigstreffen in MuttENZ  
Gast: Natascha Wey, Co-Präsidentin SP Frauen\* Schweiz

# Wahlkampf in Riehen – eine langweilige Geschichte? Mitnichten!

Die SP bläst 2018 zum Angriff auf die bürgerliche Mehrheit. Selbstbewusst tritt die SP an – neben Guido Vogel, der als Bisheriger erneut für den Gemeinderat kandidiert, kämpft Martin Leschhorn Strebel für einen zweiten Gemeinderatssitz und fürs Gemeindepräsidium. Mit dieser Nomination haben die SP-Mitglieder klar formuliert, dass es Zeit für einen Wechsel in Riehens Politik ist. Mit einer breiten Liste für die Einwohnerratswahl im Rücken, in der sich auch die Vielfalt in Riehen widerspiegelt, wollen die beiden Spitzenkandidaten das Gespräch mit den Menschen in Riehen führen und für den Wechsel werben.

## Gegen die Abbau-Politik der Bürgerlichen

«Wir stehen für ein grünes, innovatives und familienfreundliches Riehen, das die Lebensqualität für alle Riehenerinnen und Riehener ins Zentrum seiner Politik stellt.

Ins Zusammenleben investieren – das ist unsere Alternative zur Abbau-Politik der Bürgerlichen», erklärt Martin Leschhorn Strebel. «Wir sind überzeugt, dass wir dafür viel Zustimmung bekommen können.»

Das ist auch der Grund, warum sich die SP für die Durchführung einer Basiskampagne entschieden hat. Unterstützung bekommt



Unser Campaigner für Riehen:  
Thomas Fastermann

die SP Riehen dabei von der Kantonalpartei und der SP Schweiz. Hauptamtlich unterstützt wird die Kampagne von Thomas Fastermann. Er ist als Campaigner angestellt und kümmert sich darum, mit möglichst vielen Menschen in Riehen ins Gespräch zu kommen. Thomas erklärt, warum das so wichtig ist: «Bei nationalen Abstimmungen und Wahlen ist die Beteiligung in Riehen merklich höher. Und es sind vor allem SP-Wählerinnen und -Wähler, die bei lokalen Wahlen abstinent bleiben. Das wollen wir ändern», gibt sich der Campaigner kampfeslustig. «Es geht um 500 Menschen, die uns bei der Nationalratswahl gewählt haben. Wenn wir die überzeugen, dass es auch lokal um etwas geht, dann ist die bürgerliche Mehrheit Vergangenheit.» Die SP freut sich daher auf einen spannenden Wahlkampf und hofft auf einen politischen Wechsel in Riehen.

# Endlich die Tagesstrukturen in den Ferien öffnen



Kaspar Sutter,  
SP-Grossrat,  
Familienvater

Die SP setzt sich vehement für eine Verbesserung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. In den letzten Jahren wurde zwar auf Druck der SP die Anzahl an Tagesstruktur-Plätzen in Basel-Stadt stetig ausgebaut. Es herrscht aber immer noch eine eklatante Betreuungslücke, da die Tagesstrukturen nur an 38 Wochen im Jahr offen und in den 14 Schulferienwochen alle geschlossen sind. Zudem sind die in 11 Ferienwochen angebotenen Tagesferien vollkommen ungenügend: Die Betreuungspersonen wechseln jede Woche, die Orte liegen zum Teil weit weg vom Wohnort der Kinder, es muss eine Mindestanwesenheit von vier Tagen pro Woche belegt wer-

den und es gibt nur wenige Angebote ab dem 1. Kindergartenjahr. Diese Betreuungslücke ist mit ein Grund, dass viele Eltern ihre Kinder so lange wie möglich in der Krippe lassen, obwohl diese viel teurer ist.

## SP-Motion für offene Tagesstrukturen überwiesen

Die SP hat deshalb zusammen mit fortschrittlichen Bürgerlichen eine Motion eingereicht, die den Regierungsrat verpflichtet, die Tagesstruktur in den Ferien zu öffnen. So können die Kinder in den Ferien an ihrem vertrauten Ort bleiben und dies auch halbtagsweise. Gewählt wurde ein pragmatisches Vorgehen. Ab dem Schuljahr 2019/20 sollen mindestens drei, zwei Jahre später mindestens sechs Tagesstrukturen in allen Ferienwochen offen sein. Der Grosse Rat hat diese Motion im September an die Regierung überwiesen. Der Regierungsrat war bereit, sie entgegenzunehmen und alle Parteien, ausser der SVP, waren für die Überweisung. Nun hat der Regierungsrat drei Monate Zeit zum Berichten. Findet die Motion danach nochmals

eine parlamentarische Mehrheit, dann wird sie umgesetzt.

## SP-Tagesferien in der ersten Januarwoche

Der Kanton hat zwar die Schulferien in Basel-Stadt verlängert, in der zusätzlichen Ferienwoche anfangs Januar bietet das Erziehungsdepartement aber nicht einmal Tagesferien für die Kinderbetreuung an. Um den betroffenen Eltern bei der Betreuung zu helfen, organisiert die SP in dieser Woche deshalb unter professioneller Leitung eigene Tagesferien. Kinder können direkt unter <http://tiny.cc/tagesferien-bs> angemeldet werden.

## HELFERINNEN UND HELFER GESUCHT

Für diese SP-Tagesferien (2.–5. Januar 2018) suchen wir noch Freiwillige, welche uns tageweise helfen, die Kinder zu betreuen. Bitte meldet euch bei [patrick.dubach@sp-bs.ch](mailto:patrick.dubach@sp-bs.ch) oder unter 061 685 90 24.

## AGENDA SP BS

- Donnerstag, 26. Oktober, 20 Uhr, Sekretariat, 4. Stock des Gewerkschaftshauses  
Sitzung Parteivorstand BS
- Donnerstag, 16. November, 20 Uhr, Sekretariat, 4. Stock des Gewerkschaftshauses  
Sitzung Parteivorstand BS
- Samstag, 18. November, 9.15 – 15 Uhr,  
Bildungsreihe: Die soziale Basis für die rotgrüne Mehrheit 2020
- Mittwoch, 29. November, 20 Uhr, Restaurant Rialto, Basel  
Delegiertenversammlung BS

AUS DEM GROSSEN RAT

## Die Dienstleistung und das Personal der BVB im Fokus

**IM GROSSEN RAT DREHTE SICH IM SEPTEMBER VIELES UM DIE BVB UND WIE IN LETZTER ZEIT SO OFT UM PARKPLÄTZE. ICH MÖCHTE HIER ABER NICHT ÜBER PARKPLÄTZE SCHREIBEN, SONDERN ÜBER DIE «CAUSA BVB».**



Beatriz Greuter,  
Fraktionspräsidentin

Für die SP-Fraktion stehen vor allem die Dienstleistung für die Basler Bevölkerung und die Situation des Personals der BVB im Zentrum. Wir haben gefordert, dass die Anliegen des Personals ernst zu nehmen seien und dass zeitnah Massnahmen umgesetzt werden müssen. Dies insbesondere im Be-

reich der Arbeitspläne und in Bezug auf die Mitarbeitergesundheit.

Darum erwarten wir von der Führung der BVB, dass die Mitarbeitenden ernst genommen werden und dass das Effizienzprogramm sozialverträglich gestaltet wird.

Vom Eigner erwarten wir klare Rahmenbedingungen in der Eignerstrategie, welche ab 1.1.2018 gültig ist.

### Für eine Formalisierung des Zahlungsverprechens

Betreffend das Versprechen, 1 Million an die französischen Partner zu bezahlen, haben wir als SP-Fraktion den Standpunkt vertreten, dass es eine Formalisierung dieser Zahlung braucht. Wir hätten uns eine For-

malisierung dieser Zahlung durch den Grossen Rat gewünscht. Dass diese nun via Direktzahlung durch die BVB erfolgt, wird so zur Kenntnis genommen.

### Wiedereingliederung prüfen

Den Antrag der bürgerlichen Parteien, die Million via Grossen Rat absegnen zu lassen, konnten wir nicht unterstützen. Dieser Antrag wurde nur zur politischen Stimmungsmache eingesetzt. Die bürgerlichen Parteien wollten die Formalisierung durch den Grossen Rat, um danach die Million nicht zu sprechen.

Wir sind weiterhin nicht bereit, einen starken ÖV für alle den parteitaktischen Spielchen von wenigen zu opfern.

Die BVB ist ausgelagert worden mit klaren Vorstellungen von Kostenersparnissen und Effizienzsteigerungen. Diese Auslagerung wurde durch die bürgerlichen Parteien unterstützt.

Weitere Wünsche nach Auslagerung werden von bürgerlicher Seite her auf uns zukommen. Für uns ist klar, dass wir auch den nächsten Auslagerungswünschen eine Absage erteilen werden. Gleichzeitig prüfen wir in den nächsten Monaten die Wiedereingliederung der BVB.

AUS DEM LANDRAT

## Keine Chance für Demokratieinitiativen im Landrat

Zwei Initiativen der JUSO standen im Landrat zur Debatte. Mit der einen soll das aktive Stimm- und Wahlrecht für niedergelassene Ausländer/innen eingeführt werden, mit der zweiten sollen junge Menschen ab dem 16. Altersjahr das Recht erhalten, stimmen und wählen zu gehen.

Aufgrund der Beratungen in der Justiz- und Sicherheitskommission war klar, dass die beiden Initiativen im Landrat keine Chance haben würden. Die SP-Fraktion stellte deshalb den Antrag, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. So sollte es den Gemeinden ermöglicht werden, wenigstens in kommunalen Angelegenheiten das aktive Stimm- und Wahlrecht für Niedergelassene und für Jugendliche ab 16 Jahren einzuführen.

Die Diskussion im Parlament nahm teilweise bizarre Formen an. Da wurde von der «Urdemokratie, der einzig wahren Demokratie, wie nur die Schweiz sie kennt», gesprochen. Als ob demokratische Prozesse



Regula Meschberger,  
Landrätin

gefährdet würden, wenn Niedergelassene und junge Menschen abstimmen und wählen können! Mit Scheinargumenten wurden die Initiativen bekämpft, indem Beispiele von Sozialhilfe beziehenden Ausländer/innen angeführt wurden, die nicht zur Integration bereit seien.

Diese Verallgemeinerungen werden weder den betroffenen Menschen noch dem Anliegen – mehr Demokratie – gerecht. Niedergelassene Männer und Frauen beteiligen sich am sozialen Leben in Gemeinde und Kanton,

sie zahlen Steuern, interessieren sich für die Schule, wenn sie Kinder haben, engagieren sich in Vereinen. Es ist nicht einzusehen, weshalb sie nicht stimmen und wählen dürfen. Und auch junge Menschen haben mit 16 Jahren etwas zu sagen! Denken hängt nicht allein von der Lebenserfahrung ab.

Diese Argumente fruchteten allerdings nicht. Die rechte Mehrheit lehnte beide Initiativen klar ab. Sie war nicht einmal bereit, die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zu verlangen, damit für Gemeinden die Grundlage geschaffen würde, selber über die Einführung des Stimm- und Wahlrechts in kommunalen Angelegenheiten für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer und/oder jungen Menschen ab 16 Jahren zu entscheiden.

An dieser Forderung wird die SP-Fraktion aber festhalten. Ein entsprechender Vorstoss im Landrat ist in Vorbereitung.